

Offener Brief

an die Bundesumweltministerin und
an alle Umweltminister(-innen) der Länder
der Bundesrepublik Deutschland

Bad Saarow, den 5. Mai 2017

Sehr geehrte Damen und Herren Ministerinnen und Minister,

anlässlich Ihrer Bund-Länder-Konferenz möchten wir – auch im Namen der [deutschlandweit über 670 mit uns verbundenen Bürgerinitiativen](#) – an Sie appellieren, Natur und Umwelt wieder in den Mittelpunkt Ihrer Politik zu rücken.

Denn, was **Zustand und Schutz von Natur und Umwelt** betrifft, müssen wir die Ergebnisse Ihrer gegenwärtigen „**Klima- und Energiepolitik**“ in ihrer Gesamtheit als **verheerend** erkennen:

Der ursprünglich positive Gedanke einer „Energiewende“ ist einer Ideologie gewichen, die ein sachliches, wissenschaftlich machbares Handeln und Entscheiden ausschließt. Die Realisierung vernünftiger, kurzfristige Ergebnisse versprechender Vorhaben wird zugunsten einer physikalischen Gesetzen zuwider laufenden Energieutopie versäumt. Das zentrale Ziel der „Energiewende“, die Energieversorgung umweltfreundlicher zu gestalten und Natur und Umwelt für künftige Generationen zu schützen, wird durch einen zum Selbstzweck gewordenen Ausbau der „Erneuerbaren Energien“ seit Längerem ins Gegenteil verkehrt:

- Der großflächige **Biomasseanbau** laugt die Böden aus und steht dem Erhalt der Biodiversität entgegen. Für den Anbau von Energiepflanzen wird zudem Regenwald in Entwicklungsländern abgeholzt. Durch die Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion verschlechtert der Import von bspw. Energiemais zudem die Lebensbedingungen der Menschen in den Erzeugerländern. Unter Berücksichtigung von transportbedingten Emissionen, der geringen Energiedichte und des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist die globale Ökobilanz katastrophal.
- Die **Solarenergie** ist – unter den meteorologischen Bedingungen Ihrer Amtsgebiete - die teuerste Form der „Erneuerbaren Energien“ und kann nur als Additiv eingesetzt werden, da sie keine Versorgungssicherheit gewährleistet. Ihre Installation auf Acker- und Waldflächen konterkariert die Ziele der Energiewende.
- Die **Windkraft** wird in Schriften Ihrer Ministerien als besonders umweltschonend gepriesen. Tatsächlich werden tausende Windkraftanlagen in Wäldern und naturnahen Lebensräumen installiert. Anlagen, für deren wetterabhängiges Zufallsprodukt es keine sinnvolle Verwendung gibt und für deren weiteren Ausbau die Ausrottung ganzer Arten in Kauf genommen wird.

Ihr Anspruch einer „naturverträglichen Energiewende“ scheidet an der technisch-physikalischen Realität.

Konkret und im Einzelnen:

- Die Wissenschaft weist seit Jahren darauf hin, dass der mit Preis- und Absatzgarantien gepöppelte „Ökostrom“ ökonomische Verwerfungen und technische Probleme hervorruft, dabei aber für den propagierten „Klimaschutz“ faktisch wirkungslos ist. Kernproblem ist die Volatilität von Wind und Sonne, die einen Anstieg der zufälligen Leistungs-schwankungen und -spitzen bewirkt. Mit der Folge, dass teuer subventionierter Strom verklappt werden muss, wir aber auf konventionelle Kraftwerke/Import von Kohle- und Atomstrom angewiesen bleiben.
- Mit zweihunderttausend getöteten Fledermäusen ist der alljährliche Blutzoll der vermeintlich „sauberen Windkraft“ unzureichend beziffert, wie seit der *PROGRESS*-Studie bekannt. Weitere unterschätzte ökologische Effekte der Windkraft rühren aus dem Ressourcen- und Flächenverbrauch: Pro Windenergieanlage (WEA) werden bis 7.000 t Beton, 12 t Kupfer, 1,3 t Aluminium, 300 t Stahl, 75 t Guss, diverse Seltene Erden, 2.500 l Getriebeöl und 32 t nicht recycelbare Glas- oder Kohlefasern verbaut. Inklusive Zuwegungen werden etwa 1,5 ha Boden versiegelt - 0,7 ha davon dauerhaft. Bei Errichtung im Wald werden pro Anlage ca. 1.000 Bäume gefällt.
- Trotz dieses gigantischen ökologischen Fußabdrucks decken alle 27.500 WEA nur ca. 2,1% des Energieverbrauchs. Und trotz eines Zubaus in 2016 von 4.900 MW lag die Stromerzeugung mit fast 2.000 GWh unter der von 2015. Dies unterstreicht die Unzuverlässigkeit des Windstroms und die Unsinnigkeit, diese mit verstärktem Zubau ausgleichen zu wollen. Die verkündeten Speicheroptionen sind weder für einen wirtschaftlichen Einsatz noch für die erforderlichen Größenordnungen in Sicht.
- Das BMUB setzt sich weltweit im Namen des Klimaschutzes für Aufforstung und Reaktivierung der Wälder ein. In Deutschland hingegen wird im selben Namen das Vernichten der natürlichen Kohlenstoffsенke Wald bei gleichzeitiger Gefährdung der Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft gefördert. Hierzulande sind aktuell ca. 200.000 ha Nadel- und Laubwald durch Windkraft gefährdet.
- Ungeachtet schöner Worte aus der Biodiversitätsstrategie schreiten die Tötung von Vögeln und Fledermäusen und die immer stärkere Einschränkung der Nahrungshabitate aller Wildtiere voran. Anstatt die irreparable Zerstörung von Flora und Fauna zu unterbinden, haben Sie das Bundesnaturschutzgesetz zugunsten der Windkraftindustrie ausgehebelt: Trotz massiver Proteste haben Sie die Aufweichung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots (§42 BNatSchG) auf den Weg gebracht.
- Mit Verweis auf eine vermeintlich notwendige „Dekarbonisierung“ propagieren Sie eine „Sektorkopplung“, bei der der gesamte Energiebedarf (Strom, Wärme, Verkehr) auf Basis „erneuerbar“ erzeugten Stroms gedeckt werden soll. Wenn nur 2/3 dieses Stroms aus Windkraft kämen, bräuchte Deutschland mindestens 200.000 WEA. Unter Berücksichtigung der Abregelungs- und Wandlungsverluste wären gar 400.000 zusätzliche Anlagen erforderlich! Bei einer nutzbaren Fläche von 330.000 km² können Sie sich ausmalen, wie unser Land aussehen würde. Diese Zahlen werfen ein Schlaglicht auf die ganze Absurdität Ihrer Konzepte und Zielsetzungen.

Sehr geehrte Damen und Herren Ministerinnen und Minister,

Ihre Umweltpolitik hat die Umwelt aus dem Blick verloren. Ihr Auftrag ist der Schutz unserer Natur und nicht die Gewinnmaximierung der „Erneuerbare Energien“ - Branche. Wir fordern Sie auf, sich Ihrer originären Zuständigkeit zu erinnern.



Dr. Friedrich Buer
Fachbereichsleiter Ökologie der
Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT.



Waltraud Plarre
Sprecherin der
Volksinitiative „Rettet Brandenburg“